

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 322 - Hybrid-Sitzung-

Sitzung: Dienstag, 18.01.2022, 19:00 Uhr

Raum, Ort: Stadthalle Braunschweig - Vortragssaal, St. Leonhard 14, Zugang über "An der Stadthalle", 38102 Braunschweig

Abkürzung der Ladungsfrist gem. § 62 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig vom 16. November 2021

Die Durchführung der Sitzung erfolgt als Videokonferenz in hybrider Form. Für die in Präsenz Teilnehmenden gilt die 3G-Regel. Den in Präsenz Teilnehmenden, die geimpft oder genesen sind, wird empfohlen, sich zur Minimierung des Infektionsrisikos vorher testen zu lassen. Allen in Präsenz Teilnehmenden wird empfohlen, eine FFP2-Maske zu tragen. Die Hinweise über infektionsschützende Maßnahmen sind zu beachten. Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Einwohnerfragestunde statt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Pflichtenbelehrung und Verpflichtung des Stadtbezirksratsmitglieds
Herrn Stefan Zander gemäß § 91 Abs. 4 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2021
4. Mitteilungen
 - 4.1. Bezirksbürgermeister/in
 - 4.2. Verwaltung
 - 4.2.1. Messergebnisse in der Hauptstraße in Höhe des NP-Marktes 21-17529
5. Anträge
 - 5.1. Bürgerinformation zur Erneuerung der öffentlichen Verkehrsanlagen 21-17536
Rosenkamp und Blumenweg
interfraktioneller Antrag
 - 5.2. Fahrradabstellanlage am Milo-von-Bismarck-Platz und im Bezirk 22-17571
322
Antrag der CDU/FDP-Gruppe
6. Verkehrsgutachten für die Bereiche Veltenhof/Rühme/nördliche Nordstadt
7. Verwendung von Mitteln aus dem Stadtbezirksratsbudget
8. Anfragen
 - 8.1. Straßensanierungen - Überblick 21-17126
Anfrage der CDU/FDP-Gruppe vom 28.10.2021
 - 8.2. Sicherheit großschreiben 21-17180
Anfrage der CDU/FDP-Gruppe vom 03.11.2021
 - 8.3. Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des Gemeinschaftshauses 22-17567

	Rühme	
	Anfrage der CDU/FDP-Gruppe	
8.4.	Beachtung von Bergbau-Beeinflussungsbereichen im Norden Braunschweigs	22-17592
	Anfrage der BIBS-Fraktion	
8.5.	Mindestanforderungen bei Erneuerung der öffentlichen Verkehrsanlagen "Rosenkamp" und "Blumenweg"	22-17568
	Anfrage der CDU/FDP-Gruppe	
8.6.	Ungehinderte Zufahrt für Einsatzkräfte in engen Straßen und Wegen im Bezirk 322	22-17569
	Anfrage der CDU/FDP-Gruppe	
8.7.	Baugebiet Wenden-West, 1. BA	22-17573
	Anfrage der CDU/FDP-Gruppe	
8.8.	Vorlage 20-12932, Trasse für die neue Gasleitung im Bereich Thune	22-17591
	Anfrage der CDU/FDP-Gruppe	

Braunschweig, den 12. Januar 2022

Betreff:

Messergebnisse in der Hauptstraße in Höhe des NP-Marktes

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

10.01.2022

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

18.01.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Protokollnotiz in der Stadtbezirksratssitzung vom 29. Juni 2021:

„Die Mitglieder des Stadtbezirksrates bitten die Verwaltung um Übersendung der Auswertung ehemaliger Messergebnisse in diesem Bereich.“

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Hauptstraße in Höhe des NP-Marktes hat die Verwaltung zunächst ein Geschwindigkeitsprofil mit Hilfe eines Seitenstrahlradargerätes in der Zeit vom 09.12.2020 bis 15.12.2020 erhoben. Für den Bereich gilt die innerorts zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Außerdem wurde in der Zeit vom 01.03.2021 bis 31.03.2021 eine Geschwindigkeitsmesstafel für beide Fahrtrichtungen nacheinander installiert, da zuvor Geschwindigkeitsüberschreitungen dokumentiert wurden.

Es liegen der Verwaltung folgende Messergebnisse vor:

Messstelle	Hauptstraße Ecke An den Ohewiesen	Geschwindigkeitsbegrenzung	50 km/h
------------	--	----------------------------	----------------

Zeitraum:	09.12.2020	bis	15.12.2020	Seitenstrahlradargerät 2
-----------	-------------------	------------	-------------------	--------------------------

Geschwindigkeit in km/h	Fahrtrichtung Aschenkamp		Fahrtrichtung Wendebrück		beide Fahrtrichtungen	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
bis 50	12.936	81	12.624	69	25.560	74
51 bis 60	2.902	18	4.973	27	7.875	23
61 bis 70	122	1	444	2	566	2
71 bis 80	5	0	176	1	181	1
81 bis 90	1	0	127	1	128	0
> 90	0	0	66	0	66	0
	15.966	100	18.410	100	34.376	100

Messstelle	Hauptstraße Ecke An den Ohewiesen	Geschwindigkeitsbegrenzung	50 km/h
------------	--	----------------------------	---------

Zeitraum:	01.03.2021 - 08.03.2021	Geschwindigkeitsmessdisplay Wavetec
-----------	--------------------------------	--

Geschwindigkeit in km/h	Fahrtrichtung Aschenkamp	
	Anzahl	Anteil in %
0 - 50	16.313	88
51 - 60	2.168	12
61 - 70	69	0
71 - 80	6	0
> 80	0	0
	18.556	100

Messstelle	Hauptstraße Ecke An den Ohewiesen	Geschwindigkeitsbegrenzung	50 km/h
------------	--	----------------------------	---------

Zeitraum:	15.03.2021 - 31.03.2021	Geschwindigkeitsmessdisplay Wavetec Nr. 4
-----------	--------------------------------	---

Geschwindigkeit in km/h	Fahrtrichtung Wendebrück	
	Anzahl	Anteil in %
0 - 50	33.182	99
51 - 60	381	1
61 - 70	14	0
71 - 80	1	0
> 80	0	0
	33.578	100

Insgesamt ist festzustellen, dass die Messergebnisse weitgehend unproblematisch sind, da der weit überwiegende Teil der Verkehrsteilnehmer vorschriftsmäßig gefahren ist. Zudem konnte eine Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer durch den Einsatz der Geschwindigkeitsmesstafel für beide Fahrtrichtungen erzielt werden, sodass die Verwaltung den Einsatz einer Geschwindigkeitsmesstafel im 2. Quartal 2022 wiederholen wird.

Leuer

Anlage/n:
keine

Absender:

interfraktionell im Stadtbezirksrat 322

TOP 5.1

21-17536

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Bürgerinformation zur Erneuerung der öffentlichen
Verkehrsanlagen Rosenkamp und Blumenweg**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.12.2021

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue
(Entscheidung)

18.01.2022

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Stadtbezirksrat 322 bittet die Verwaltung, für die geplante Erneuerung der öffentlichen Verkehrsanlagen "Rosenkamp" und "Blumenweg" im Stadtbezirk eine Präsenz-Veranstaltung durchzuführen, um eine entsprechende Bürgerbeteiligung zu gewährleisten.

Sachverhalt:

Mit den Schreiben der Verwaltung vom 04.11. bzw. 11.11.2021 sind die Anlieger der oben genannten Straßen über die geplanten Maßnahmen unterrichtet worden. Aufgrund zahlreicher Nachfragen, Ideen und Anregungen aus der Bevölkerung sieht der Bezirksrat hier die Notwendigkeit, außerhalb von Bezirksratssitzungen die Anlieger durch eine Informationsveranstaltung zu beteiligen. Der Wunsch solch einer Veranstaltung ist der Verwaltung gegenüber in persönlichen Gesprächen seitens des Stadtbezirksrates geäußert worden und stößt bei der Verwaltung auf Zustimmung.

Sobald es die Epidemie-Situation zulässt und die Durchführung solch einer Veranstaltung als sicher erscheint, bittet der Stadtbezirksrat um eine Öffentlichkeitsbeteiligung.

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der gewünschten umfassenden Beteiligung, die Umsetzung der Erneuerungs-Maßnahme in das Jahr 2023 verschoben wird.

gez.

Carsten Degering-Hilscher

Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat
322**

TOP 5.2
22-17571
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Fahrradabstellanlage am Milo-von-Bismarck-Platz und im Bezirk
322**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue
(Entscheidung)

18.01.2022

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Beschluss: Der Bezirksrat 322 bittet darum, einen Einbau von Fahrradständern am Milo-von-Bismarck-Platz in der Nähe der Wartehäuschen baldmöglichst vorzunehmen.

Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob im Stadtbezirk 322 weitere Haltestellen im ÖPNV durch den Einbau von Fahrradständern sinnvoll ertüchtigt bzw. attraktiver gemacht werden können.

Sachverhalt:

Für den Radverkehr in Braunschweig ist ein umfangreiches Maßnahmenpaket für 2022 vorgesehen, darunter auch:

- Einbau von weiteren Fahrradständern an Haltestellen, sofern Fördermittel zur Verfügung stehen
- Einbau von Fahrradständern im gesamten Stadtgebiet und im Zuge des Neu-/Umbaus von ÖPNV-Haltestellen. (Pressemitteilung der Stadt Braunschweig vom 30.11.2021)

Besonders am Stadtrand sind die Einstiegs- und Umstiegsmöglichkeiten im ÖPNV örtlich und zeitlich eingeschränkt. Viele Fahrgäste greifen deshalb gern auf das Fahrrad als Zubringer zurück bzw. würden dies gern tun, wenn eine sichere Abstellmöglichkeit vorgehalten würde. Gerade am Milo-von-Bismarck-Platz scheint dieser Bedarf zum Ein-/Ausstieg bei den Buslinien 424 und 464 gegeben zu sein.

gez. Heidemarie Mundlos

Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat
322**

TOP 8.1
21-17126
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Straßensanierungen - Überblick

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

28.10.2021

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur 17.11.2021
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Angesicht der Tatsache, dass in verschiedenen Ortsteilen in unserem Bezirk in mehreren Straßen sowohl Sanierungsarbeiten als auch Umbauten oder ein grundlegender Straßenneuaufbau oder das Verlegen bzw. Sanieren von Entwässerungskanälen (Schmutz- bzw. Regenwasser) vorgesehen sind, bitten wir die Verwaltung

1. um eine Gesamtliste angedachter bzw. in Planung befindlicher Straßen und damit direkt oder indirekt betroffener Fußwege und Grundstückszufahrten inklusiv der anvisierten zeitlichen Umsetzung, Begründung der Priorisierungen, geschätztem derzeitigem jeweiligen Finanzbedarf und Art der Finanzierung (u. a. ggf. prozentuale Beteiligung der Anlieger gemäß Straßenausbaubeitragssatzung);
2. um Unterrichtung, inwieweit und wo ggf. sich durch neue Regenwasserkanäle mittel- bis langfristig Auswirkungen im Grundwasserbereich ergeben könnten;
3. um Information, ob und in welchen Straßen ggf. eine Verpflichtung zum Anschluss an einen neuen Regenwasserkanal besteht.

gez.

Axel Frieese

Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat
322**

TOP 8.2
21-17180
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Sicherheit großschreiben

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.11.2021

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur 17.11.2021
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Am 30.10.2021 informierte die Braunschweiger Zeitung mit dem Titel "Nach Morddrohung: Polizei findet in Wohnung radioaktive Stoffe", dass durch die schnelle Reaktion von Polizei und Fachkräften größere Gefahren verhindert werden konnten.

Offensichtlich hatte ein Mitarbeiter eines Braunschweiger Unternehmens mit Sitz in unserem Stadtbezirk radioaktive Substanzen aus einem Betrieb in Braunschweig entwendet. Die radioaktiven Substanzen konnten sichergestellt und zur weiteren Untersuchung in das Strahlenschutzlabor des NLWKN (Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz) in Hildesheim verbracht sowie untersucht werden. Des Weiteren war das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz in den Gesamtvorgang eingebunden.

Trotz des Ergebnisses, dass eine Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt nicht besteht, bleiben Fragen offen.

Der Stadtbezirksrat 322 bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welchen Fakten basiert die Feststellung des NLWKN, dass "eine Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt nicht besteht"? (was waren das für Substanzen mit welcher Aktivität?)
2. Wie werden die Sicherheitsvorkehrungen schnellstmöglich verändert, um derartiges Entwenden von radioaktiven und sonstigen Substanzen aus dem Unternehmen künftig gänzlich zu unterbinden?
3. Unter welchen Umständen gab es weitere "Verluste" von radioaktiven und sonstigen Substanzen am Sitz dieses Unternehmens in Braunschweig mit welchen Konsequenzen?

gez.

Heidemarie Mundlos

Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat
322**

TOP 8.3
22-17567
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des Gemeinschaftshauses
Rühme**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur 18.01.2022
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Inbetriebnahme und der Beginn der öffentlichen Nutzung des renovierten Gemeinschaftshauses Rühme haben sich stark verzögert und verzögern sich offenbar weiter, weil der Brandschutz noch komplettiert werden muss. Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Wie ist der Sachstand beim Einbau der fehlenden Brandschutztüren mit terminlicher Planung?
2. Wann ist mit der Installation einer Brandschutzmeldeanlage und eines Festnetztelefons zu rechnen?
3. Wann ist letztlich die Einweihung und Inbetriebnahme mit öffentlicher Nutzung vorgesehen?

gez.

Jürgen Campe

Anlage/n:

keine

Betreff:

Beachtung von Bergbau-Beeinflussungsbereichen im Norden Braunschweigs

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur 18.01.2022
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Laut NIBIS-Kartenserver des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) befinden sich die am Gieselweg bzw. der Harxbütteler Straße ansässigen Betriebe von Buchler, GE-Healthcare, Eckert & Ziegler sowie deren Vorgängerfirmen im Bereich eines sogenannten Bergbau-Beeinflussungsbereiches. Es handelt sich dabei um das Feld Rühme, in dem seit den 1950er Jahren Öl gefördert wird.

Den Erläuterungen des LBEG zu diesem Feld ist zu entnehmen, dass Baumaßnahmen in Bereichen bergbaulicher Anlagen zu erheblichen Gefahren führen können und dass in diesen Gebieten bei Baugenehmigungen eine Beteiligung der Bergbehörde unabdingbar sei.

Gleichzeitig teilt das LBEG auf Anfrage mit, dass der Begriff „Bergbau-Beeinflussungsbereich“ keine Rechtsgrundlage und damit keine Rechtswirkung hat. Vielmehr wird mit diesen Bereichen anderen Behörden ein Hinweis gegeben, dass bei einem Bauvorhaben das LBEG beteiligt werden sollte.

Für die Stadt Braunschweig bestand und besteht also keine rechtliche Verpflichtung, bei Bauvorhaben das LBEG hinzuzuziehen. In Thune hatte die Stadt ein Industriegebiet ausgewiesen, was grundsätzlich eine Ansiedlung von Betrieben ermöglicht, deren Tätigkeit unter Umständen zu einer Beeinträchtigung der umliegenden Wohnbebauung führt. Ganz konkret wurden Baugenehmigungen für Betriebe erteilt, die sowohl mit chemischen als auch radioaktiven Stoffen umgehen. Auch wenn keine rechtliche Verpflichtung besteht, so scheint sowohl aufgrund der Einstufung des Planbereiches als Industriegebiet als auch durch die spezifischen Tätigkeiten der bauwilligen Firmen die Notwendigkeit einer Konsultation des LBEG gegeben.

Der Stadtbezirksrat 322 bittet die Verwaltung daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurde vor der Ausweisung des Industriegebietes und nachfolgend vor der Erteilung von Baugenehmigungen das LBEG hinzugezogen?
2. Falls ja: Mit welchem Ergebnis. Falls nein: Aufgrund welcher Abwägung wurde sich gegen eine Hinzuziehung entschieden?
3. Wird die Stadt bei zukünftigen Planungen bzw. Bauanträgen das LBEG hinzuziehen?

gez. Astrid Buchholz

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Mindestanforderungen bei Erneuerung der öffentlichen
Verkehrsanlagen "Rosenkamp" und "Blumenweg"**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur 18.01.2022
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Anwohnerschaft wurde mit Schreiben vom 4.11. und 11.11.2021 über die Planungen grob informiert. Dabei wurde auch der voraussichtliche Kostenanteil gem. Straßenausbaubeitragssatzung genannt, der je nach Größe und Lage der Grundstücke bis zu fast 30.000 € betragen kann. Dies hat in der Anwohnerschaft zu viel Unruhe und vielen Fragen geführt, u.a. auch zur grundsätzlichen Frage, ob neben den in der Anwohnerinformation dargestellten Varianten 1 und 2 auch eine Lösung auf der Grundlage von Mindestanforderungen möglich ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welchen Mindestumfang (Schmutzwasserkanal, Regenwasserkanal, Straßenbelag inkl. -unterbau etc.) müsste eine Sanierung der Straßen Rosenkamp und Blumenweg bei weitestgehendem Erhalt der Gehwege, Bordsteine, Garagenhöfe und Einfahrten sowie der Straßenstruktur (Aufteilung Fahrbahnen, Gehwege, Parkmöglichkeiten etc.) haben, und zwar
 - a) aufgrund von zwingenden rechtlichen Vorgaben (welchen?) und
 - b) ggf. darüberhinausgehend als Empfehlung aufgrund fachlicher Beurteilung?
2. Wie hoch wären die grob geschätzten Gesamtkosten - getrennt für beide Straßen – im Fall a) und b) im Vergleich zu den bisherigen Varianten 1 und 2?
3. Wie hoch wären die von der Anwohnerschaft aufzubringenden grob geschätzten Gesamtkosten - getrennt für beide Straßen - im Fall a) und b) nach Abzug der von den Leitungsträgern (BS|Netz, Telekom etc.) beizutragenden Kostenanteile?

gez.

Heidmarie Mundlos

Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat
322**

TOP 8.6

22-17569
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Ungehinderte Zufahrt für Einsatzkräfte in engen Straßen und Wegen
im Bezirk 322**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur 18.01.2022
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Hinweise aus der Bevölkerung besagen, dass in einigen besonders engen Straßen und Wegen im Stadtbezirk 322, u. a. Hinter der Hecke sowie an den Zufahrten von der Heidelbergstraße in den Segringweg und vom Waller Weg in den Rohrbachweg in Veltenhof oder von der Thunstraße in den Lagkamp in Thune immer wieder parkende Fahrzeuge die Durchfahrt für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr oder Rettungsdienste blockieren oder zumindest behindern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Werden kritische Stellen im Bezirk, wie die genannten, in gewissen Abständen auf ungehinderte Zufahrtmöglichkeiten von Feuerwehr oder Rettungsdiensten im Einsatzfall überprüft?
Falls ja, wann und mit welchen Ergebnissen hat die letzte Überprüfung stattgefunden?
Falls nein, warum nicht?
2. Wird es für sinnvoll gehalten, an solchen kritischen Stellen im Bezirk Hinweisschilder wie "Feuerwehruzufahrt freihalten" oder entsprechende Bodenmarkierungen (Schraffur) anzubringen?
Falls ja, wann kann dies erfolgen?
Falls nein, welche Gründe sprechen dagegen?

gez.

Reiner Knoll, Heidemarie Mundlos

Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat
322**

TOP 8.7
22-17573
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Baugebiet Wenden-West, 1. BA

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur 18.01.2022
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Das Neubaugebiet Wenden-West beschäftigt Verwaltung, Rat und Bezirksrat schon seit langem.

Auch der Bezirksrat Wenden-Thune-Harxbütel hat die bisherigen Bebauungsplan-Entwürfe des Öfteren diskutiert und seine Vorstellungen dazu mit verschiedenen Anträgen deutlich gemacht.

Da der Neubau auch von Wohnungen bei der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt immer dringender wird und sich inzwischen Anfragen aus der Bevölkerung mehren, wann mit der Verwirklichung eines Seniorenwohnens zu rechnen ist, fragen wir die Verwaltung:

1. Wann und mit welchen Unterabschnitten wird mit dem 1. Bauabschnitt begonnen?
2. Wie wird sichergestellt, dass die Anzahl der geplanten 180 Wohneinheiten nicht überschritten wird?
3. Wie wird sichergestellt, dass die Aufteilung der Wohneinheiten zwischen Geschosswohnungsbau und Einfamilienhäusern (EFH) nicht zu Lasten der EFH verschoben wird?

gez.

Axel Frieze

Heidemarie Mundlos

Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat
322**

TOP 8.8
22-17591
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Vorlage 20-12932, Trasse für die neue Gasleitung im Bereich Thune

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur 18.01.2022
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat 322 bittet die Verwaltung um einen aktuellen Sachstandsbericht bzgl. der Trasse für die neue Gasleitung im Bereich Thune sowie Informationen zu deren Fertigstellung, Abschluss der gesamten Baumaßnahme inkl. Planung und Durchführung der Renaturierungsmaßnahmen.

Die letzten Informationen seitens der Verwaltung hat der Stadtbezirksrat am 10.03.2020 erhalten.

gez. André Gorklo

Anlage/n:

keine